Chef des NRW-Verfassungsschutzes vor dem Hauptausschuß des Landtags

Terroristen der „RAF" immer noch gefährlich

Die im terroristischen Untergrund verborgenen Restkader der Rote-Armee-Fraktion (RAF) bemühen sich erfolgreich um personelle Verstärkung und setzen ihre terroristischen Planungen fort. Diese Feststellung traf der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Ministerialdirigent Wilfrid Graf von Hardenberg vor dem Hauptausschuß des Landtags unter dem Vorsitz von Karl Josef Denzer (SPD). Bei einer Übersicht über die Entwicklung des politischen Extremismus in NRW im Jahre 1984 erklärte der oberste Verfassungsschützer des Landes, der RAF fehle es möglicherweise zur Zeit an einer charismatischen Führerperson wie Baader oder Meinhof. Er halte die Rote-Armee-Fraktion jedoch weiter für sehr gefährlich.

Nach Angaben Hardenbergs verdeutlichten die Festnahme der Manuela Happe am 22. Juli im Kreis Esslingen sowie von sechs mutmaßlichen RAF-Terroristen in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt am 2. Juli die Bedrohung, die von dieser terroristischen Vereinigung nach wir vor ausgehe. Sie müsse daher „weiterhin äußerst ernst genommen werden".
Der Leiter des Verfassungsschutzes wies ferner darauf hin, daß von den Revolutionären Zellen (RZ) in diesem Jahr in NRW bereits fünf Sprengstoffanschläge und ein Brandanschlag verübt worden seien. Die Revolutionären Zellen hätten damit gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ihre terroristischen Aktivitäten verstärkt. Durch die Verbreitung grundlegender Schriften würde darüber hinaus versucht, neues Wissen für eine „revolutionäre Strategie" zu vermitteln.
Nach dem Verfassungsschutzbericht hat die Polizei 1984 im Land insgesamt 84 vollendete oder versuchte Gewalttaten erfaßt, die terroristisch oder politisch motiviert waren. Im Vordergrund des Ausländerextremismus stehen, so Hardenbergs Bericht, nach wie vor die Aktivitäten türkischer Rechts- und Linksextremisten.

Bei der Sitzung des Hauptausschusses: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau und Ausschußvorsitzender sowie Fraktionschef Karl Josef Denzer (beide SPD).

Randgruppen

Zum deutschen politischen Extremismus teilte der Chef des Verfassungsschutzes mit, die Zahl der Anhänger rechtsextremer Organisationen liege in NRW bei 4000. In der neonazistischen Szene versuchten die Funktionäre und Anhänger der verbotenen ANS/NA sich mit der Bildung neuer Organisationen – zum Beispiel einer Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei – oder Unterwanderung bestehender Organisationen eine neue Plattform für extremistische Ziele zu schaffen.
Die 1983 erkennbar gewordene Bereitschaft jugendlicher sozialer Randgruppen, sich für rechtsextremistische Ziele, besonders für Schutzfunktionen bei öffentlichen Veranstaltungen einspannen zu lassen, habe sich fortgesetzt, berichtete der Graf. Der Landesparteitag der NPD in Wiehl im April sowie andere Veranstaltungen haben gezeigt, daß es sich bei den Gruppen u.a. um sogenannte Skinheads aus dem Ruhrgebiet und um Anhänger der „Borussenfront" gehandelt habe. Bezeichnend für deren politische Motivation sei allerdings die Tatsache, daß sie ungeachtet der z.B. zwischen Nationaldemokraten und Neonazis bestehenden ideologischen Widersprüche bereit seien, „mal dem einen und mal dem anderen zu dienen".
Die stärkste linksextremistische Gruppierung in NRW ist laut Hardenberg mit fast 12000 Mitgliedern in NRW und 40000 im Bundesgebiet die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Vom CDU-Abgeordneten Helmut Elfring auf die vom Bundesinnenminister mit 100000 angegebene DKP-Mitgliederschaft in der Bundesrepublik angesprochen, teilte der Graf mit, in dieser Zahl seien auch die Anhänger der Nebenorganisationen der DKP enthalten. Dazu zählte er die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), den Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) und die Jungen Pioniere (JP) als kommunistische Kinderorganisation.
Bei der dogmatischen Neuen Linken habe sich jedoch der Zerfall aus dem letzten Jahr fortgesetzt. Ferner sei der undogmatische Linksextremismus in NRW weiter ohne politische Breitenwirkung. Die beim Bush-Besuch in Krefeld beobachteten militanten Autonomen aus dem Vorjahr seien 1984 kaum hervorgetreten.

Für die CDU-Fraktion: Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Ottmar Pohl.

LANDTAG INTERN
Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884303, 884304 und 884545
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern": Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Friedrich Schreiber MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender; Hans-Peter Thelen (SPD), Presseref erent; und Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH